

Einkommen

Grüne fordern Mindest-Stundenlohn

Die Grünen starten eine Lohnoffensive: Für Beschäftigte in der Privatwirtschaft soll es einen Mindeststundenlohn geben, für öffentlich Beschäftigte soll der Lohn um 10 Prozent steigen.

Die Grünen sind davon überzeugt: In Südtirol braucht es eine Lohn- und Gehaltsoffensive. Der Grund: Die Lebenshaltungskosten liegen in Südtirol um 20 Prozent über dem italienischen Durchschnitt, die Löhne und Gehälter hingegen liegen nur rund 6 Prozent über dem gesamtstaatlichen Schnitt - die Grünen beziehen sich dabei auf Berechnungen des AFI und des INPS. Zwei Beschlussanträge dazu wollen die drei Grünen Landtagsabgeordneten in dieser Woche im Landtag einbringen.

Die besondere Situation erfordert laut den Grünen besondere Maßnahmen zugunsten aller Beschäftigten: Für den Privatsektor sei es endlich an der Zeit, Landeszusatzverträge zu verhandeln. Und für den öffentlichen Sektor müsse nach vielen Jahren Stillstand der wirtschaftliche Teil des Kollektivvertrages dringend nachgebessert werden.

Die Vorschläge der Grünen im Detail

- Für den öffentlichen Sektor: Das Land Südtirol muss umgehend die Kollektivvertragsverhandlungen auf bereichsübergreifender Ebene für den öffentlichen Dienst aufnehmen und noch 2019 den wirtschaftlichen Teil verhandeln. Das Ziel muss die Erhöhung der Grundentlohnung von mindestens 10 Prozent für alle Funktionsebenen sein. Zehn Prozent als Richtwert deshalb, weil dies dem Kaufkraftverlust entspricht, der im Zeitraum 2009 bis 2016 noch nicht über Lohnsteigerungen ausgeglichen wurde (Quelle: Amt für Arbeitsmarktbeobachtung).

- Für den privaten Sektor: Das Land Südtirol muss die Sozialpartner an einem Tisch versammeln, um eine Rahmenvereinbarung zu beschließen, die folgende Punkte beinhalten soll:

Die Festsetzung eines Südtiroler Mindeststundenlohns, welcher es den Arbeitern ermöglicht, mit ihrem Gehalt ohne Schwierigkeiten und in Würde bis ans Monatsende zu kommen.

Die Eröffnung von Verhandlungen über territoriale Zusatzverträge, welche zur Besserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der Angestellten beitragen sollen.

Anreize für die Wirtschaft an die Bedingung des Abschlusses von territorialen Zusatzverträgen und an die Einführung des Südtiroler Mindeststundenlohns zu knüpfen.



<http://www.raisudtirol.rai.it/de/news.php>